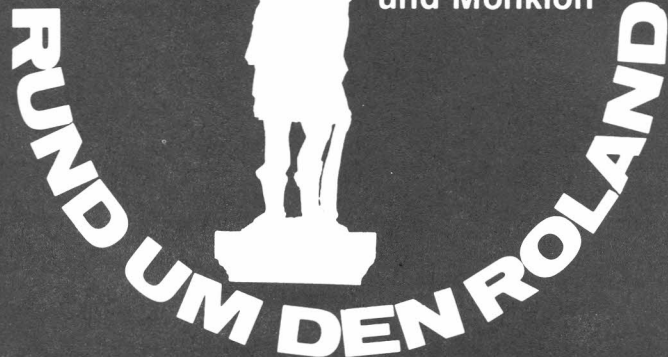


SPD-Information

für
Bad Bramstedt,
Bimöhlen,
Hitzhusen,
Weddelbrook
und Mönkloh



Bürgerzeitung der SPD

2.Jahrgang

Nr.2

Oktober 1977

Da ist sie wieder ...

Sie haben die neueste Ausgabe von „Rund um den Roland“ in Händen, der SPD-Zeitung für Sie. Von manchen schon für tot gehalten, von nicht wenigen auch für tot gehofft und von vielen (hoffentlich!) vermißt, erscheint sie nun nach langen neun Monaten zum fünften Male. Doch die etwas schwierige Geburt hatte ihre Gründe. Nicht daß die SPD nichts mehr mitzuteilen hätte - ganz im Gegenteil - aber personelle und finanzielle Schwierigkeiten hinderten uns am Erscheinen. Wir hätten zwar auch schon im Juli ein Blatt auflegen können, doch in der Ferienzeit ist immer das Risiko, daß unsere Zeitung im Wust der sich ansammelnden Post mitverschwindet. Sei's drum - nun sind wir wieder da und diesmal gleich mit sechs Seiten. Es hat sich in der langen Zeit doch so vieles angesammelt, daß wir mit unserem üblichen Format nicht mehr auskamen. Und trotzdem sind in dieser Zeitung nicht alle Themen angeschnitten, zu denen wir etwas sagen möchten. Das werden wir sofern möglich nachholen.

Doch noch einige Worte zu dieser Ausgabe: Auf den Seiten 3 und 4 informieren wir Sie über das Thema Sozialstation. Und - was noch wichtiger ist - wir fragen Sie um Ihre Meinung zu dieser Einrichtung (Seite 4). Wann werden Sie sonst schon einmal zwischen den Wahlen um Ihre Meinung gefragt? Und wie Sie am Beispiel „Kunst für Kinder“ (S. 2) sehen können, kann Ihre Meinung, Ihre Idee durchaus Einfluß auf die städtischen Entscheidungen haben. Also nutzen Sie die Chance, lassen Sie es sich eine Briefmarke kosten und schreiben Sie uns.

Herzlichen Dank
Ihre Redaktion

Flughafen Hamburg Kaltenkirchen gefährdet Bad Bramstedts Wirtschaft

Bad Bramstedt. Mitte September wurde der Planfeststellungsbeschluß für den Flughafen Kaltenkirchen veröffentlicht. In diesem Beschluß, der die Grundlage für den Bau darstellt, sind mehrere Punkte enthalten, die für Bad Bramstedts Bürger und die Umgebung einschneidende Bedeutung haben. Insbesondere die Regelungen zum Lärm gefährden den Stützpfeiler Nr.1 der Bramstedter Wirtschaft, nämlich den Kurbetrieb einschließlich der Rheumaklinik. Aus diesem Grunde kann der Beschluß nicht un widersprochen bleiben. Es muß während der achtwöchigen Einspruchsfrist geprüft werden, ob eine Anfechtungsklage geführt wird.

Nur an der Rheumaklinik Bad Bramstedt sind ca. 600 Mitarbeiter beschäftigt, außerdem hat der Kurbetrieb entscheidende Bedeutung für den Bramstedter Fremdenverkehr und den Einzelhandel. Allein durch die Klinik werden bei Bramstedter Firmen jährliche Umsätze in Höhe von mehreren Millionen DM getätigt. Doch mit dem Plan zum Bau des Flughafens scheint die Existenz der größten westeuropäischen Rheumaheilstätte gefährdet. „Rund um den Roland“ erläutert Ihnen warum. Bei einem Interview mit dem Leiter der Abteilung für Rheumaforschung an der Klinik, dem Ing. Gerhard Binzus, wies dieser auf folgende Punkte hin:

1. Der Planfeststellungsbeschluß hat das Gutachten von Prof. Dr. Dr. Jansen zur Lärmbelastung der Rheumaklinik nicht berücksichtigt, das im Auftrage des Ministers für Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein erstellt wurde. Prof. Jansen hatte

darin festgestellt, daß für die Klinik Schallschutzmaßnahmen erforderlich sind. Er hatte die Frage offen gelassen, ob der Kurbetrieb im Freien mit den zu erwartenden Lärmeinflüssen vereinbar ist.

2. Die Lärmschutzzonen nach dem Fluglärmschutzgesetz, also die Zonen, in denen Schutzmaßnahmen von der Flughafengesellschaft zu zahlen sind, sind bisher nicht festgesetzt worden. Zur Zeit sind durch den Planfeststellungsbeschluß lediglich Planungszonen festgelegt, deren nördlichste Grenze etwa auf der Linie Bokel-Lentförden-Hasenmoor verläuft. (In diesen Zonen gelten Baubeschränkungen.) Das bedeutet, daß Bad Bramstedt nicht mit eingeschlossen ist. Die Folgen des Flughafenbetriebes haben die Einwohner der Stadt und der Umgebung selbst zu tragen.

Fortsetzung auf Seite 5

HITZHUSEN

Bürger erhalten Geld zurück

Hitzhusen. Ca. 80.000 DM werden von der Gemeinde an zusammen 73 Hitzhusener Bürger zurückgezahlt werden. Einen entsprechenden Beschluß faßte die Gemeindevertretung auf ihrer Sitzung am 27. September 1977.

Bereits im November 76 hatte man die Satzung wegen Änderung der Gemeindeverhältnisse aufgehoben, da sie sich in Prozessen als nicht standhaft erwies. Die SPD Hitzhusen ist erfreut über diesen Beschluß. Sie hatte schon 1970 gegen die Satzung gestimmt, als diese aufgrund des Paragraphen 9 des Kommunalabgabengesetzes erlassen wurde. Schon damals erschien es der SPD nicht berechtigt, den Erbauern von Wohnraum derartige Abgaben abzuverlangen. Dies gilt umso mehr, als Schleswig-Holstein das einzige Bundesland mit einer solchen Regelung ist. In den letzten Jahren wurden zahlreiche Prozesse gegen diese Art Satzungen geführt und meist von den Kommunen verloren. Daher schaffte man vielerorts diese Satzungen ab. In anderen Orten, z.B. Bad Bramstedt (Vergl. die letzte Ausgabe von „Rund um den Roland“) erließ man veränderte Satzungen.

Hitzhusen geht nun die Konsequenz aus dieser Entwicklung ein und zahlt seinen Bürgern die Abgaben zurück. Nicht alle Gemeinden werden diesem Beispiel folgen (können).

mehr von Hitzhusen auf Seite 5

BIMÖHLEN

Druckprobleme

Bimöhlen. Irgendetwas stimmt hier nicht. Zeitweilig ist der Druck des Wassers so schwach, daß es lange dauert, bis man den Wasserkessel für Kaffee voll hat. Oder was auch schon einmal da war - es kommt gar nichts. Das andere Extrem trug sich vor ca. 4 Wochen zu. Da war der Druck so stark, daß die Überdruckventile in den Heizsystemen der Warmwasserzentralheizungen sich öffneten und das ausfließende Wasser die Keller überschwemmte. Wer trägt den entstandenen Schaden? Warum gibt die Gemeinde den Neusiedlern nicht die Empfehlung zum Einbau eines Druckminderers, zumal die maßgeblichen Stellen die Druckschwankungen kennen.

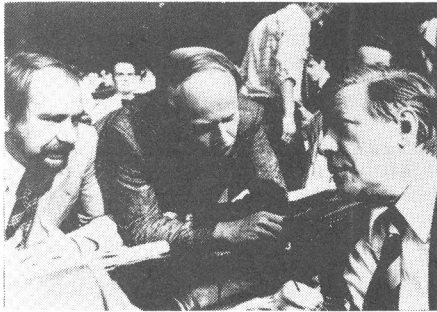
von Ursel Melzer

mehr von Bimöhlen auf Seite 6



Günther Heyenn (MdB) legt Finanzen offen

Bad Bramstedt/Bonn. Von unserem Bundestagsabgeordneten Günther Heyenn erreichte uns in diesen Wochen nachstehende Unkostenabrechnung für das erste Halbjahr 1977. Heyenn und einige seiner SPD-Fraktionskollegen wollen mit dieser Veröffentlichung dem Bürger Klarheit darüber verschaffen, was sie mit dem Geld, das sie von den Steuerzahlern bekommen, anfangen. Aus der Abrechnung ergibt sich, daß Günther Heyenn mit seiner Unkostenpauschale von 4.500.- DM mtl. nicht auskommt und mit fast 1.300.- DM pro Monat sein Abgeordneten Gehalt angreifen muß. Wir von „Rund um den Roland“ hoffen, daß dieses Beispiel Schule macht und auch die Abgeordneten der F.D.P. und CDU ihre finanziellen Verhältnisse dem Bürger offenlegen.



Unkostenabrechnung vom 1.1. - 30.6.1977

I. Ausgaben

1	Fraktion u. Partei Beiträge, Spenden u. Ausgaben für Hilfsdienste	
1.1	Abgaben an Bundestagsfraktion	2.850.-
1.2	Parteibeitrag	1.500.-
1.3	Kreisverbände Sebebg. u. Storm.	2.850.-
1.4	Landesgruppe Bonn	300.-
1.5	Landesverband Kiel	2.100.-
2	Beiträge an Gewerkschaft, AWG, ai, etc	451.-
3	Zeitungen und Zeitschriften	829,15
4	Ausgaben doppelte Haushaltsf.	
4.1	Wohnung Bonn	1.752,48
4.2	Nebenk. (Tage, entspr. Bes. Gr. B 8 = 34,- x 63 Tg.)	2.142.-
4.3	Raumpflegerin	1.655,80
5	Büro und Wahlkreis	
5.1	Bonn	1.366,69
5.2	Norderstedt	1.722,50
5.3	Telefon Norderstedt	1.313,01
5.4	Fahrtkosten 8.541 KM x 0,512 (ADAC bei 40.000 km/Jahr)	4.372,99
5.5	Besucherkosten Bonn	474.-
5.6	Repräsentation Wahlkreis	820,70
5.7	Sonstige Verpflicht. Wahlkreis	792,90
6	Abzahlung Wahlkampfkosten	5.922,10
		33.194,32

= mtl. 5.532,39

II. Einnahmen Unkostenpauschalen

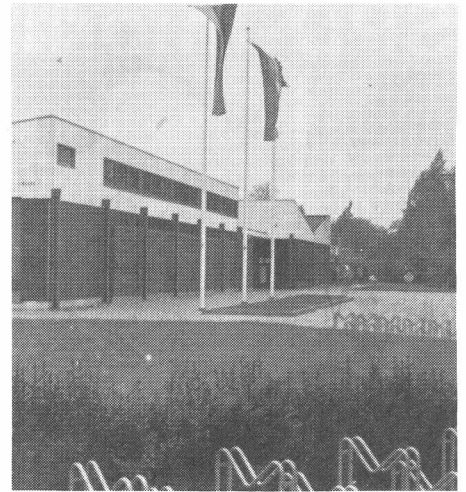
1.1. - 31.3.1977	3x4.050.-	12.150.-
1.4. - 30.6.1977	3x4.500.-	13.500.-

= mtl. 4.275.-

Kunst für Kinder

Bad Bramstedt. Am Freibad soll ein Kunstwerk entstehen, an dem Kinder auch spielen können. Dies ist das vorläufige Ergebnis der Ausschußberatungen zu dem Thema „Kunstwerk für das Freibad“. Wie im letzten Jahr in unserer Zeitung berichtet muß die Stadt aufgrund baurechtlicher Vorschriften am Freibad ein Kunstwerk errichten. Wir riefen damals alle Bürger auf, der SPD und den anderen Parteien bei der Auswahl mit eigenen Vorschlägen behilflich zu sein. Von dem Bramstedter Bürger F.-J. Schulz kam damals die Anregung, das Kunstwerk so auszugestalten, daß Kinder daran spielen können. Die SPD griff diesen Vorschlag auf und brachte ihn in die Beratungen ein - mit Erfolg wie sich jetzt zeigt.

Aller Wahrscheinlichkeit nach wird im Bereich des Freibadgeländes ein Wasserspiel geschaffen werden, an dem die „Kleinen“ (und hoffentlich nicht nur die) ihren Spaß haben sollen.

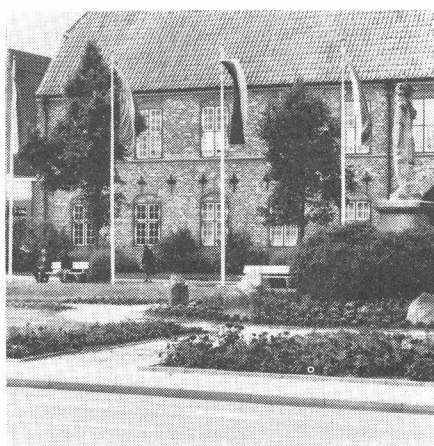


Altentreff nahm seinen Betrieb auf

Bad Bramstedt. „Wat is 'n dat nu wor'n, wo de so lang von snackt un schrieben hebbt,“ mag sich manch ein älterer Bürger unserer Stadt gefragt haben, als er zur Eröffnung des Bramstedter Altentreffs ins Schloß ging.

Bei Kaffee und Kuchen und musikalischer Unterhaltung durch Bramstedter Laienkünstler hielten am 20.9. der Bürgermeister und andere ihre Eröffnungsreden. Auch SPD-Stadtrat Rudolf Krumlinde, einer der Hauptinitiatoren des Altentreffs, hielt in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer der Aktionsgemeinschaft Altentreff Bad Bramstedt eine kurze Ansprache.

„Rund um den Roland“ wünscht dieser guten Einrichtung ein gutes Gelingen und unseren älteren Mitbürgern viel Spaß und Freude in ihrem neuen Treff.



Altersheim ade

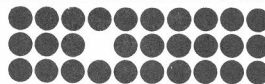
Bad Bramstedt. Das städtische Altersheim ist geschlossen. Gegen SPD und F.D.P. setzte die CDU die Schließung durch. Die ehemaligen Bewohner wurden mit mehr oder weniger gutem Zureden in anderen Räumen untergebracht. Dies ist ein weiterer Schritt zum Abbau sozialer Leistungen in Bad Bramstedt. Seit einigen Monaten scheint der Rotstift Einzug in unsere Stadt gehalten zu haben. Dagegen ist im Prinzip nichts zu sagen. Doch wie wir bisher feststellen mußten, scheint dieser Rotstift überall dort Einzug zu halten, wo es um soziale Einrichtungen (Altersheim, Freibad, JZ u.a.m.) geht. Dieser Tendenz werden sich die Sozialdemokraten widersetzen, auch wenn dies mit 5 gegen 11 Stadtverordnete der CDU schwierig ist. Doch es ist schlichtweg ein Skandal, daß beim Altersheim nicht einmal der Versuch gemacht wurde das Haus zu belegen. Und eine Täuschung ist es, wenn man erst vom schlechten baulichen Zustand des Gebäudes spricht und kaum, daß es leer ist, neue Verwendungsmöglichkeiten vorschlägt.



möglichkeiten vorschlägt.

Dies ist nicht Politik für den Bürger, dies ist keinesfalls Politik bei der die SPD mitmachen würde.

Ein
Platz
ist
frei
für Sie!



leserbriefe



Hack- und Sägeverbot

Bad Bramstedt. Endlich hat man auch in Bad Bramstedt eine Idee aufgegriffen, die in vielen anderen Orten schon verwirklicht ist: Der Erlaß einer Baumschutzverordnung. Damit soll das Fällen von Bäumen ab einer bestimmten Größe genehmigungspflichtig werden.

„Rund um den Roland“ begrüßt diesen Beitrag zur Erhaltung des Grüns in unserer Stadt. Doch gleichzeitig möchten wir alle Stadtverordneten ermahnen, die Verordnung besonders streng für stadteigene Bäume anzuwenden. Denn auch und gerade die Gemeinde war es, die in den letzten Jahren zum Verschwinden von viel Grün (z.B. Landweg) beigetragen hat. Zwar ist im letzten Jahr auf diesem Gebiet einiges Positives ge-

schehen, doch ist sicherlich die Versuchung nahe, die Verordnung in erster Linie für den „kleinen Mann“ anzuwenden. Dies darf nicht geschehen. Doch wir wollen nicht ein Gespenst an die Wand malen, noch hat Bad Bramstedt große Grünflächen.

P.S.: Eine Randbemerkung sei uns noch gestattet: Als geradezu komisch muß es dem aufmerksamen Betrachter unserer Stadtpolitik vorkommen, daß sich Herr Horst Ebeling für diese Verordnung in der Öffentlichkeit stark machte. War es doch Herr Ebeling, (seines Zeichens Umweltschutzexperte der CDU) der vor geraumer Zeit mit allen Mitteln versuchte, die Bepflanzung der Ostseite des Blecks zu verhindern. Wie heißt es doch so schön: Zwei Seelen wohnen auch in meiner Brust?



Was bedeutet eigentlich eine Sozialstation?

Seit mehreren Jahren fordert die SPD Bad Bramstedt die Einrichtung einer Sozialstation am Orte. Nachdem man sich bereits eingehend über eine solche Einrichtung informiert hatte, reisten die Fraktionsmitglieder der SPD und andere Interessierte Mitte September nach Schacht-Audorf. Wie auch in der Presse berichtet, besichtigte man die dortige Sozialstation, die von der Arbeiterwohlfahrt unterhalten wird. Die Bürgermeisterin des Ortes, Brunhild Wendel, führte ihre Parteifreunde durch die Gemeinde und erläuterte ihnen das Modell der Sozialstation.

„Rund um den Roland“, möchte nun, daß auch Sie über die Sozialstation informiert werden, sofern Sie es noch nicht sind. Daher veröffentlichen wir an dieser Stelle einen Artikel von Brunhild Wendel zum Thema, den sie vor geraumer Zeit für die Zeitschrift „Wir“ geschrieben hat. Doch wir von „Rund um den Roland“ möchten Sie nicht nur informieren, wir möchten auch gerne von Ihnen wissen, was Sie von dieser Einrichtung halten. Daher haben wir auf der Rückseite dieses Blattes einen Fragebogen abgedruckt. Wir bitten Sie, die Fragen zu beantworten und uns den ausgefüllten Bogen einzusenden.



Brunhild Wendel, Bürgermeisterin in Schacht-Audorf berichtet über ein erfolgreiches Modell in ihrer Gemeinde:

Alle Welt spricht von Sozialstationen, viele Gemeinden wollen eine solche Station haben, wenige wissen, was das bedeutet, viele kennen nicht den Erlaß des Sozialministers vom 10.3.75.

Am praktischen Beispiel des Modells AW-Sozialstation Schacht-Audorf möchte ich die Bedeutung dieser Einrichtung klarmachen.

Das Sozialministerium fördert 14 Modelle im Lande Schleswig-Holstein mit 1,2 Millionen DM. Die Trägerschaft wurde auf die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege delegiert. Der Landesverband der Arbeiterwohlfahrt betreibt zwei Sozialstationen; eine seit zwei Jahren gut funktionierende Station in Schönkirchen, und seit dem 14.4.77 ist die AW-Sozialstation Schacht-Audorf eröffnet.

Die Kreise sind gehalten, in Zusammenarbeit mit den Gemeinden wei-

tere Stationen möglichst in zentralen Orten mit einem Einzugsbereich von ca. 10 000 Einwohnern einzurichten. Die Sozialstation soll in erster Linie die vorhandenen und neu einzurichtenden ambulanten Dienste koordinieren. Sie soll unseren hilfesuchenden Bürgern in den Gemeinden solange wie möglich ihren bisherigen Lebensraum erhalten, sie will die Selbsthilfe aktivieren und durch Verkürzung stationärer Behandlung mithelfen, die Kosten auf dem Gesundheitssektor zu dämpfen.

Folgende ambulante und stationäre soziale Dienste werden zum Beispiel in der AW-Sozialstation Schacht-Audorf der Bevölkerung angeboten:

1. Gemeindekrankenpflege

Eine Gemeindeschwester für 4 500 Einwohner. Sie ist zuständig für die Krankenpflege und die medizinischen Hilfsleistungen und ist in

Zusammenarbeit mit den praktizierenden Ärzten in der Gemeinde ein Teil der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung. Der Aufgabenbereich ist eng verflochten mit

2. dem **Hauspflegeeinsatz**. Bei der Hauspflege wird im Gegensatz zur Gemeindekrankenpflege der Schwerpunkt auf die Betreuung der Familien oder Einzelpersonen in pflegerischer, hauswirtschaftlicher und erzieherischer Hinsicht gelegt.

Sechs ausgebildete Hauspflegerinnen übernehmen in ihrem Einsatz die Versorgung der Familie bei Abwesenheit der Mutter infolge eines Krankenhausaufenthalts, Heilverfahrens oder Kuraufenthalts, insbesondere auch während eines Aufenthalts in einem Müttergenesungsheim. Sie versorgen Wöchnerinnen und Säuglinge, sie pflegen und betreuen alte Menschen, bis sie wieder hergestellt sind und sich überwiegend allein helfen können oder aber in ein Heim aufgenommen werden. Im Rahmen der ländlichen Hauspflege wird die speziell für den landwirtschaftlichen Haushalt ausgebildete Hauspflegerin eingesetzt. Die Finanzierung wird geregelt über Anträge an das Kreissozialamt, zum Beispiel nach den §§ 68, 69, 70 und 75 des Bundessozialhilfegesetzes.

3. Fußpflege

Zwei ausgebildete Fußpflegerinnen mit den dazugehörigen Apparaten und Instrumenten leisten ambulante Fußpflege für Bettlägerige und Gehbehinderte. Dazu kommt die stationäre Fußpflege in der Sozialstation. Der stationäre Fußpflegeraum bietet auch die Möglichkeit, daß ein alleinstehender älterer Bürger ein Bad nehmen kann bzw. Bürger mit Wohnungen ohne Bad hier baden können. Es ist auch eine Bestrahlungseinrichtung vorhanden,

die auf Anordnung der Ärzte angewandt wird.

Die Finanzierung wird abgewickelt über die einschlägigen Paragraphen des BSHG, insbes. des § 75 und durch Kostenbeteiligung der Krankenkassen.

4. Mütterberatung

Jeden ersten und dritten Dienstag im Monat wird eine Mütterberatung durchgeführt, insbesondere für Mütter, die vorzeitig aus dem Krankenhaus entlassen sind oder zu Hause entbunden haben. Es werden Kinder vorgestellt von 0 bis 2 Jahre, ohne besonders streng nach oben hin abzugrenzen. Hier steht eine Hebamme und die zuständige Ärztin des Kreisgesundheitsamtes zur Verfügung. Diese Dienstleistung ist kostenfrei.

5. Tagesmütter

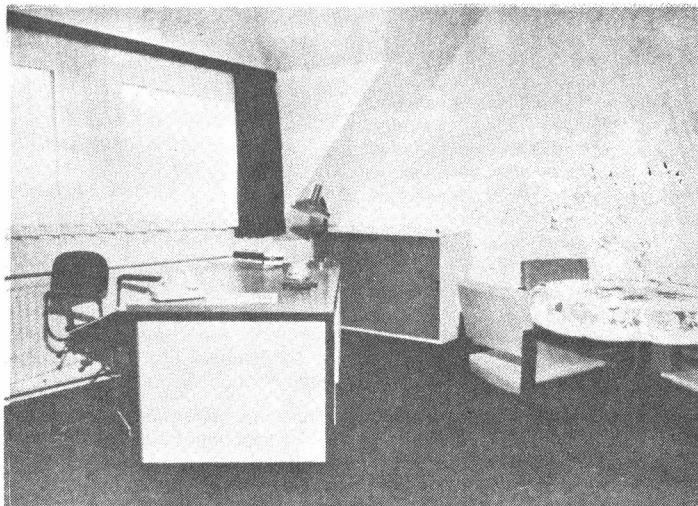
Zwei Tagesmütter mit Pflegehefterlaubnis des Kreisjugendamtes betreuen Kinder tagsüber im Alter von 0 bis 3 Jahre, d.h. bis zum Kindergartenalter. Hier wird Hilfe geleistet in besonderen Notfällen, zum Beispiel bei Krankheit und stationärer Behandlung der Mütter oder bei alleinstehenden berufstätigen Müttern. Diese Dienste bieten wir auch an in der Beratung nach § 218. Da die Mutter bzw. die Eltern die primäre Bezugsperson gegenüber dem Kind darstellen, findet die Betreuung der Kinder von berufstätigen Müttern von Montag bis Freitag vom frühen Morgen bis zum späten Nachmittag statt. Die Finanzierung wird über das Kreissozialamt unter Berücksichtigung angemessener Selbstbeteiligung geregelt.

6. Soziale Beratung

Dienstags und donnerstags, jeweils 4 Stunden, steht die Beraterin dem Bürger Rede und Antwort. Sie will



Auch das gehört zur Sozialstation in Schacht-Audorf: Gemeinderaum für die Fußpflege (oben)



.... und Beratungszimmer

den Bürgern die Angst vor Formularen nehmen und ihnen das Verwaltungsdeutsch übersetzen, sie ist tätig in der Familien- und Erziehungsberatung, sie ist Mittler und Vermittler zu den jeweiligen Sozialämtern und den in den Gemeinden vorhandenen Wohlfahrtsverbänden, ebenso zum Reichsbund und VdK, sie bearbeitet die Anträge für Mütterverschickung, Erwachsenenreholung, Ferienmaßnahmen für Kinder und Jugendliche.

Sie berät hilfesuchende schwangere Frauen nach § 218 und bietet soziale Leistungen an; werden diese sozialen Hilfen nicht angenommen und eine Schwangerschaftsunterbrechung gefordert, wird die zu beratende Frau zur anerkannten Beratungsstelle nach § 218 in Rendsburg vermittelt, um das Zertifikat für die Unterbrechung zu erhalten.

7 Pflegebetten

Eigene Kranken- bzw. Pflegebetten muß unsere Station nicht unterhalten, weil in unserer Gemeinde ein Pflegeheim des DRK mit 80 Betten vorhanden ist. Mit der Leitung ist abgesprochen, daß im Urlaubsfall der Hauspflegerin bzw. der betreuenden Person u.ä. Situationen die Kranken vorübergehend aufgenommen werden und anschließend sofort wieder in ihre alte Umgebung zurückkehren können.

Allen Trägern der Freien Wohlfahrtsverbände und den Kommunen ist zu empfehlen, erst dann an die Einrichtung einer Sozialstation zu denken, wenn genügend ausgebildete Mitarbeiter zur Verfügung stehen oder aber Frauen bereit sind, einen entsprechenden Kursus zu absolvieren.

... und wie ist Ihre Meinung dazu?

1. Meinen Sie, daß man in Bad Bramstedt eine Sozialstation einrichten sollte?

ja ☐ / nein ☐. Wenn nein, warum nicht

Falls Sie Frage 1 mit ja beantwortet haben, beantworten Sie bitte noch die folgenden Fragen

2. Welche der oben angeführten Einrichtungen sollten Ihrer Meinung nach in einer Sozialstation für Bad Bramstedt vertreten sein? (Bitte ankreuzen) 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, außerdem:

3. Wo sollte Ihrer Ansicht die Sozialstation eingerichtet werden? (z.B. Krankenhaus im Schlüskamp, ehemaliges Altersheim in der Altonaer Straße).....

4. Wären Sie eventuell bereit, in einer Sozialstation mitzuhelfen bzw. mitzuarbeiten? ja ☐ / nein ☐

Wenn ja, wären Sie bereit sich dafür ausbilden zu lassen? ja ☐ / nein ☐

Angaben zur Person (muß nicht ausgefüllt werden):

Alter:

Geschlecht: m ☐ / w. ☐

wohnhaft: in Bad Bramstedt ☐
außerhalb von Bad Bramstedt ☐

Den ausgefüllten Bogen senden Sie bitte
(mit oder ohne Absenderangabe) an:

„Rund um den Roland“
z.Hd. Jan-Uwe Schadendorf
Butendoor 11
2357 Bad Bramstedt.

Forts. Flughafen

3. Unberücksichtigt blieb auch das Ergebnis der Lärmausbreitungsmessungen des Flughafensonderausschusses der Stadt Bad Bramstedt anlässlich des Demonstrationsfluges des Airbus am 4.5.1974.

Die Messungen, die trotz der Verweigerung der Unterstützung seitens der Behörden stattfanden, bestätigten die Befürchtungen der Rheumaklinik.

4. Empörend sei, daß in dem Beschluß entgegen den Bestimmungen des Bundesbaugesetzes und des Immissionsschutzgesetzes dem schlafenden Menschen bei geschlossenen Fenstern am Ohr eine Lautstärke von 55 dB(A) zugemutet wird. Eine Lautstärke von 55 dB(A) entspricht ungefähr dem Lärm, den man an einer lebhaft befahrenen Straße (z.B. Butendoor) an den Außenwänden messen kann.

Dies ist ein Maß, daß in reinen Wohngebieten und erst recht in Kurgebieten nicht einmal im Freien üblich ist. Erst bei der Überschreitung der Lärmwerte am Bette des Schlafenden und nur wenn dies in der Nacht „häufig genug“ auftritt, ist die Flughafengesellschaft (FHG) verpflichtet, die Kosten für Schallschutzmaßnahmen zu übernehmen.

Berücksichtigt man, daß normale Wände und geschlossene Fenster den Lärm um etwa 25dB herabsetzen, so heißt der Beschluß, daß man einen durchschnittlichen Höllenlärm von 80 dB(A) im Freien für jeden Bürger für erträglich hält.

Für gemischte Gewerbe- und Wohngebiete schreibt die TA-Lärm (Technische Ausführungsbestimmung:Lärm) einen Außenpegel von nur 60 dB(A) vor.

Wir meinen nun, daß man doch sicher durch Schutzmaßnahmen an den Gebäuden den Lärm mindern könne und dies auch für die Rheumaklinik gelte.

Gerhard Binzus stimmte dem zwar zu, wies aber nochmals daraufhin, daß diese Maßnahmen **von den Bewohnern selbst zu zahlen** seien.

Für die Außenbereiche, die unverzichtbarer Bestandteil von Kurorten und auch der Rheumaklinik seien, ist ein Schutz gegen Lärm jedoch nicht möglich. Die TA-Lärm schreibt für Kurgebiete einen durchschnittlichen Außenpegel von 40 dB(A) als Höchstwert vor. Der Flughafenbetrieb würde nach Prof. Jansen jedoch 70 dB(A) im Kurgebiet erbringen. Damit sei der Kurbetrieb ernstlich gefährdet, da bei diesem Lärm wohl



kaum ein Patient nach Bad Bramstedt kommen wird, um sich zu erholen.

Wir wollten nun noch wissen, warum denn Bad Bramstedt nicht in die Plaungszonen mit einbezogen worden ist.

G. Binzus meinte dazu, daß es schon 1973 nachgewiesen habe, daß die **Berechnungen** des Hauptgutachters der FHG, Dipl. Phys. Meyer **nicht gestimmt** hätten, so daß auch die jetzigen Festlegungen durch den Planfeststellungsbeschluß aller Wahrscheinlichkeit nach auch nicht der Wirklichkeit gerecht würden. So haben in diesem Sommer entgegen den gutachterlichen Annahmen überwiegend eine Nord-Ost-Windlage geherrscht. Das hätte bedeutet, daß die Flugzeuge nach Osten gestartet wären und dann Bad Bramstedt so dicht passiert hätten, daß selten einmal der Fluglärm unter 70 dB(A) gelegen hätte.

Wir fragten zum Abschluß unseres Gesprächs, wie Herr Binzus als aktiver Kommunalpolitiker der SPD zu dem Beschluß stehe. Gerhard Binzus antwortete: „**Bad Bramstedt stellt nach dem Regionalplan I des Landes einen Kurort dar. Ich halte einen Kurort und die unmittelbare Nachbarschaft eines Großflughafens für unvereinbar. Wenn das Land den Flughafen bauen will, dann muß Bad Bramstedt finanziell unterstützt werden, um sich wirtschaftlich neu orientieren zu können.**“

HITZHUSEN

Hitzhusen. Am 21.Juli wurde für die Grundschule Hitzhusen ein neuer Schulleiter gewählt. Die Wahl fiel auf Frau Drostat. Sehr zur Freude und Überraschung ihrer Wähler. Tiefe Enttäuschung jedoch bei der CDU, die ihren schon als sicher gewählten Kandidaten nicht durchbringen konnte. Ein Kompliment dem Wahlgremium, daß sich offensichtlich nicht vom Parteibuch sondern von der Qualifikation der Kandidaten leiten ließ.

SPD Hitzhusen stellte Kandidaten auf

Hitzhusen.Die SPD Hitzhusen stellte am 7.Oktober ihre Liste für die Kommunalwahl am 5. März 1978 auf. Diese sieht wie folgt aus:

1. Alfred Willhöft
2. Gerold Möhle
3. Jürgen Kurth
4. Gerhard Rieche
5. Babara Hermann
6. Jochen Todt
7. Manfred Wisgott
8. Werner Schlieper
9. Harald Renziehausen

In den kommenden Wochen und Monaten werden sich die Kandidaten ihren Wählern noch näher vorstellen.

Impressum: „Rund um den Roland“ wird herausgegeben vom SPD-Gebietsverband Bad Bramstedt und Umgebung. Herausgeber im Sinne des Pressegesetzes ist der jeweilige Gebietsverbandsvorsitzende, z.Zt. Karl Jacobi, 2357 Bimöhlen, verantw. Redakteur: Jan-Uwe Schadendorf, Bad Bramstedt. Erscheinungsweise: 4-5 mal jährlich. Auflage: z.Zt. 4.500, Druck: Roland-Werbung. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Auf nebenstehender Grafik finden Sie die Abflugschneisen des geplanten Flughafens Kaltenkirchen.

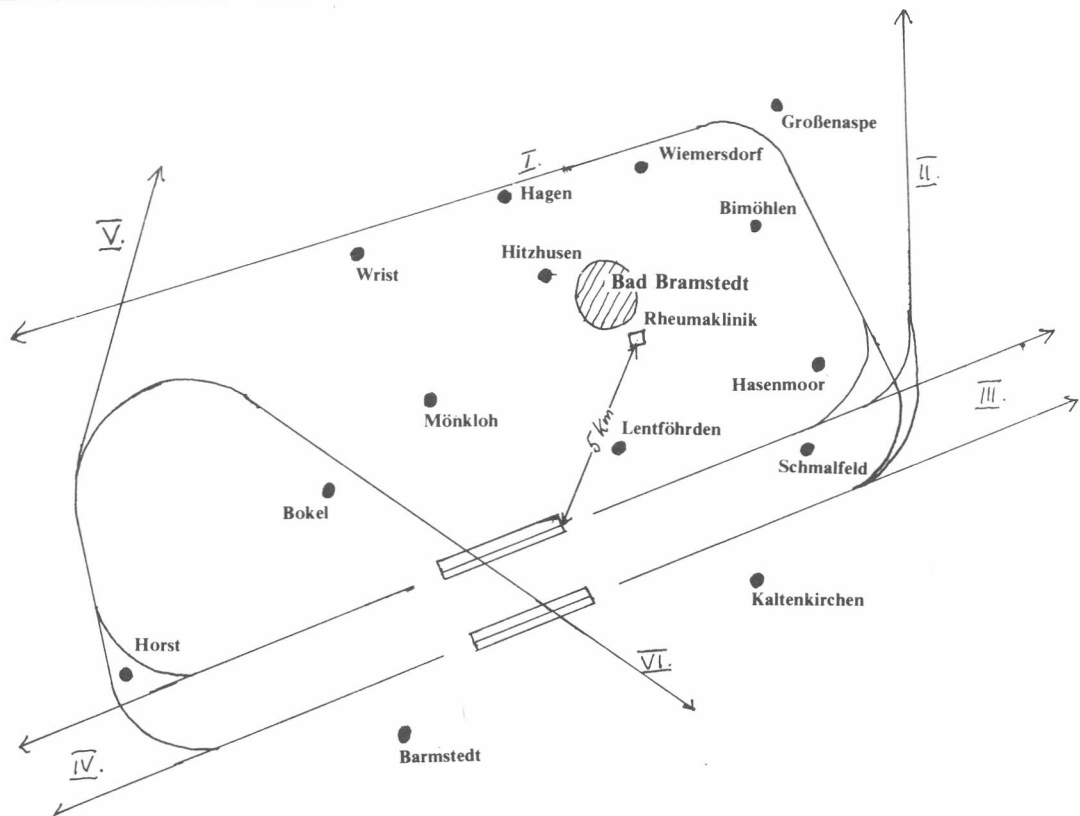
Die Schneisen I., II. und III. sind für die Starts in Richtung Osten vorgesehen. Insgesamt sollen nach Angaben der Planer 20 % aller Starts in Richtung Osten erfolgen. Diese 20 % verteilen sich wiederum auf die einzelnen Schneisen wie folgt:

Schneise I.: 13,1 % der Oststarts
Schneise II.: 1 % der Oststarts
Schneise III.: 85,9 % der Oststarts

Die Schneisen IV., V., VI. sind für die Starts nach Westen vorgesehen. Hier ergibt sich folgende Verteilung:

Schneise IV.: 86,2 % der W-Starts
Schneise V.: 11 % der W-Starts
Schneise VI.: 2,8 % der W-Starts

Für den Endausbau sind jährlich ca. 95.000 Starts vorgesehen: Das bedeutet, daß 1 % etwa 950 Starts entsprechen. Das wären pro Tag rund 2 1/2 Starts im Durchschnitt. Durchschnitt wiederum heißt, das es mal mehr und mal weniger sind.



BIMÖHLEN

Bimöhlen. Der SPD Ortsverein Bimöhlen lädt seine Mitglieder zu einer Versammlung am 21. Oktober 1977 um 20 Uhr im Aukrug ein. Auf dieser Versammlung werden die Kandidaten für die Gemeinderatswahl am 5. März 1978 aufgestellt und die Delegierten für den Kreistag gewählt, der die Kandidaten für die gleichzeitig stattfindende Kreistagswahl bestimmt. Außerdem werden die Anfragen für die Bürgerfragestunde der nächsten Gemeinderatssitzung besprochen werden.

Kurz notiert

Bimöhlen. Was in der letzten Bürgerfragestunde des Gemeinderates nicht zufriedenstellend beantwortet wurde:

1. Ein Bürger stellte des Antrag in der Kurve des Hasenmoorweges am Sportplatz einen reflektierenden Richtungsanzeiger aufstellen zu lassen. Die sehr scharfe Kurve sei besonders bei Dunkelheit eine ständige Gefahrenquelle für nicht ortskundige Autofahrer.

Der Fragende wurde auf die Straßenbegehung im Frühjahr vertröstet. Dafür hat die SPD und haben viele Bimöhler Bürger kein Verständnis. Ihnen liegt daran, daß diese ständige Gefahr umgehend beseitigt wird.

2. Vor einiger Zeit wurden auf Antrag der SPD an den Schulbushaltestellen Papierkörbe aufgestellt.

Ein Bürger, dem die oft überquellenden Körbe nicht gefielen, fragte, wann den diese einmal geleert würden. Ein Vorschlag, die Körbe durch den Wegzwechverband leeren zu lassen, drang nicht durch. Wir fragen, warum soll es nicht möglich sein, daß die Müllabfuhr diese Papierkörbe leert.

3. Ein Bimöhler wies darauf hin, daß die Unsitte des Reitens auf Bürgersteigen immer mehr zunähme. Er wartet noch heute auf die Antwort des Gemeinderates. Vielleicht könnte der Gemeinderat einmal die Verleiher von Reitpferden anschreiben und sie bitten, die Kunden auf die Einhaltung der Straßenverkehrsordnung hinzuweisen.

Das demokratische Dorf

Bimöhlen. Es gab Zeiten, da sprach man den Landbewohnern jegliches Interesse am politischen Leben ab. Bedingt durch den verlorenen Krieg und den wirtschaftlichen Aufschwung in den Nachkriegsjahren hat sich das Leben in unserem Dorf grundlegend geändert. Die Einwohnerzahl ist auf über 600 angewachsen. Die Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten hat dagegen ständig abgenommen. Ein großer Teil unserer Bürger hat seinen Arbeitsplatz in der näheren oder weiteren Umgebung des Dorfes. Das schließt jedoch die Verbundenheit mit dem Ort nicht aus.

In der Freizeit wird kräftig Sport getrieben. Unabhängig ihrer politischen Anschauung haben sich Bimöhler Bürger im Sportverein zusammengeschlossen, der z.Zt. 340 Mitglieder zählt.

Über das Wohl des Dorfes wacht die freiwillige Feuerwehr, die allein 1975 28 Einsätze „nur“ bei Moorbränden hatte. Beim Vogelschießen und beim Fahrradturnier stellte sie sich uneigennützig zur Verfügung. 28 aktive, 120 passive und 7 Ehrenmitglieder zeigen, wie man trotz verschiedener politischer Ansichten gemeinsam zum Wohle des Dorfes arbeiten kann.

Ursel Melzer führt die SPD Bimöhlen

Bimöhlen. Seit dem 20. Juli steht eine Frau an der Spitze der SPD Bimöhlen. Für den aus beruflichen Gründen zurückgetretenen Klaus Behrens übernahm sie die Position des Ortsvereinsvorsitzenden.

Ursel Melzer, die erst 1976 mit ihrem Mann nach Bimöhlen gezogen ist, wurde vor wenigen Wochen 51 Jahre alt. Schon lange ist ihre Person durch soziales Engagement gekennzeichnet. Im Jahr 1951 wurde sie Mitglied der Deutschen Postgewerkschaft und seit über 20 Jahren gehört sie der Arbeiterwohlfahrt an. Langjähriges Mitglied ist sie auch im Reichsbund und ihr ganz besonderes Interesse gilt dem Verein SOS-Kinderdorf. Die neue Vorsitzende war nach der Ablegung der

Aber auch die älteren Bürger unserer Gemeinde haben sich ungeachtet ihrer politischen Einstellung in einem Altenclub zusammengefunden, der mittlerweile ca. 60 Mitglieder zählt.

Für Schleswig-Holstein einmalig dürfte jedoch das politische Engagement der Bimöhler sein. Von den 413 Wahlberechtigten übten 378 ihr Wahlrecht aus und ca. 120 also ca. 30 % sind in einer der drei großen Parteien organisiert. Auswärtige, die Gelegenheit haben, an einer unserer Gemeindevertreterversammlungen, teilzunehmen, sind immer wieder erstaunt über die große Besucherzahl und über die rege Inanspruchnahme der Bürgerfragestunde. Im alten Gemeinderat, wo nur die CDU vertreten war, verirrte sich nur selten ein Zuschauer in die Sitzungen. Seit aber auch die SPD und die F.D.P. Gemeindevertreter entsenden, hat sich dies grundlegend geändert. Nicht zuletzt der sachlichen Mitarbeit unseres Parteifreundes Fritz Roblick ist es zu verdanken, daß viele Bimöhler sich jetzt ein anderes Bild von der Arbeit der Gemeindevertretung und der SPD machen. Die SPD Bimöhlen hat begründete Hoffnung, daß sich Dank des Einsatzes von Fritz Roblick die Zusammensetzung des Gemeinderates nach dem 5. März 1978 ändern wird.

Fritz Roblicks immerwährendes Engagement für die Bimöhler Bürger und für die Verwirklichung der Ideen der SPD dürfte vielen nicht verborgen geblieben sein.

mittleren Reife 19 Jahre bei der Post beschäftigt. Heute ist sie „nur“ noch Hausfrau.

In Zukunft will sie sich intensiv um ihre Partei in Bimöhlen kümmern und erwartet eine sachliche Zusammenarbeit auch mit den anderen Parteien.



Leserbrief:

Zu unserer letzten Ausgabe erreichte uns folgender als „Gegendarstellung“ ausgegebener Leserbrief. Wir veröffentlichen diesen Brief hier, obwohl er den Erfordernissen einer Gegendarstellung in keiner Weise gerecht wird.

Die Redaktion

„Lügen haben kurze Beine!“ sagt zutreffend das Sprichwort. Mit den in Ihrer Ausgabe Nr. 1/77 verbreiteten Unwahrheiten, Verleumdungen und Verunglimpfungen mag die SPD Kurzfristig Aufsehen erregen, langfristig jedoch keine Wahl in Bad Bramstedt gewinnen. Angesichts Ihrer Verleumdungskampagne nimmt sich die Erklärung Ihres Ortsvorsitzenden Gerhard Binzus auf der diesjährigen Mitgliederversammlung, die SPD-Fraktion werde sich um eine Klimaverbesserung in den Gremien der Stadt bemühen, als reines Lippenbekenntnis aus. Im einzelnen stelle ich die größten Unwahrheiten wie folgt richtig: 1.) Ich habe im Zusammenhang mit keiner städtischen Satzung, insbesondere auch nicht mit der Satzung wegen Abgaben wegen Änderung der Gemeindeverhältnisse zum Ausdruck gebracht, daß es mir darum geht, daß Prozesse geführt werden. Ihre Ausführungen und die Karikatur sind umso beleidigender für mich, als ich und meine Sozianen in den mehr als 10 Jahren meiner Tätigkeit als Stadtverordneter wegen dieser Tätigkeit grundsätzlich alle an uns herangetragenen Mandate gegen die Stadt nicht angenommen haben. Wir haben nicht die Absicht, dies zukünftig anders zu handhaben.

2. Meine Sozianen und ich sind nie für die Firma Köhlerhof und/oder die Firma Hudau als Anwälte tätig gewesen. Eine Befangenheit gemäß § 22 Gemeindeordnung ergibt sich für einen Anwalt oder Notar nur dann, wenn er in gleicher Sache tätig ist. In Sachen Erschließungsver-

trag der Stadt mit dem Köhlerhof ist mein Büro nie für eine der Seiten tätig gewesen. Tätigkeiten als Notar für Handelsregisteranmeldungen stehen in keinem Zusammenhang. Dies wird die Kommunalaufsicht jederzeit bestätigen.

3. In Sachen Kredite des Köhlerhofs habe ich die Angelegenheit keineswegs vergessen. Die von mir erteilten Auskünfte beruhen auf mir erteilten Informationen.

4. Ihre Spekulationen wegen einer Schließung des Bramstedter Krankenhauses zum 1. Juli 1975 sind völlig abwegig und böseartig. Die CDU Bad Bramstedt hatte damals wie heute den ersten Willen, das Krankenhaus in der bisherigen Form möglichst lange aufrechtzuerhalten. Wir haben seinerzeit einen Bauantrag eingereicht, der einen Großraumladen im Erdgeschoß, unser Büro im ersten Obergeschoß und Wohnungen im zweiten Obergeschoß vorsah. Erst im Laufe des Jahres 1976 nach der Vermietung einer Teilfläche an einen Apotheker ist es in Zusammenarbeit mit diesem zu Vermietungen an Ärzte gekommen, wobei der erste Arzt sogar von sich aus an uns herangetreten ist. Erst danach ist von uns das Bauvorhaben entsprechend umgeplant worden. Eine Einsicht in die Bauakten der Stadt wird Ihnen die Richtigkeit dieser Angaben jederzeit bestätigen.

Ich fordere Sie auf: a) diese „Gegendarstellung“ in der nächsten Ausgabe abzdrukken, b) mir die Verantwortlichen für Ihren Leitartikel und die dazugehörige Karikatur umgehend zu benennen. Ich habe insoweit zunächst Strafantrag gegen Unbekannt bei der Staatsanwaltschaft gestellt.

gez. Bornhöft

Anm. der Red.

Zur Kenntnis der Leser, die den Vorgang schon vergessen haben sollten, veröffentlichen wir hier noch einmal die beanstandete Textstelle und die Karikatur. Die von uns angeführte Randbemerkung von Herrn

Bornhöft auf der Stadtverordnetenversammlung im Dez. 1976 wird von mehreren Zeugen bestätigt. Seitens der Staatsanwaltschaft liegt uns bis zu heutigen Tag nichts vor.



„Also was ist: Entweder 1000 Mark als Abgabe oder als Anwaltskosten?“

Herr Bornhöft (CDU) ließ sich denn auch zu der eher zynischen als witzigen Randbemerkung hinreißen, daß es ihm als Anwalt nur Recht sei, wenn die Bürger einen Prozeß führen. - Doch wer hat schon das Geld dazu, wenn man gerade ein Haus baut.“